



335

388a-17

# An die revolutionären Proletarier!

Juni 1921

Mit höchstem Mut und größter Aufopferung haben die deutschen Proletarier die Provokation der Konterrevolution im März d. Js. zu parieren versucht. Am heftigsten entbrannte der Kampf in Mitteldeutschland. Noch hatten aber die großen Massen der Ausgebeuteten nicht begriffen, daß auch für sie der letzte Ausweg nur der rücksichtslose Klassenkampf gegen das Kapital sein kann. An ihrer Passivität scheiterte alle Tapferkeit. Ihre Passivität hat es verschuldet, daß heute Tausende und Aber-tausende von Klassengenossen die Zuchthäuser füllen, viele Hunderte ermordet und „auf der Flucht“ erschossen sind.

Die Not dieser Kämpfer, die Not ihrer Angehörigen zu lindern, bildete sich alsbald nach der Märzaktion die Rote Hilfe. Sie sollte eine gemeinnützige Einrichtung werden, die ohne Rücksicht auf Parteiinteressen allen Proletariern, die betroffen waren, gleichmäßig mit Rat und Tat zur Seite steht. Ein großer Apparat ist aufgebaut worden. Gewaltige Summen haben in tatkräftiger Solidarität die Proletarier zusammengeschafft, und ausländische Bruderorganisationen, insbesondere die russischen Revolutionäre, haben das Menschenmöglichste getan.

Nachdem diese Organisation aufgebaut ist, beginnt die V.K.P.D., die Rote Hilfe mehr und mehr als einen ihr zur Verfügung stehenden Parteiapparat zu betrachten. Besonders deutlich wird das in einer Reihe von provinziellen Bezirken und auch da, wo die anderen Organisationen, die gekämpft haben, die K.A.P.D. und Union, in ungleich schwächerem Grade vertreten sind als die zahlenmäßig stärkere V.K.P.D. Eine Flut von Zuschriften bestätigt, daß ein unparteiisches gedeihliches Arbeiten nicht möglich ist, weil jener Grundsatz „Die Rote Hilfe steht unparteiisch und gleichmäßig allen revolutionären Kämpfern gegenüber“ von der V.K.P.D. gar nicht beachtet wird.

Aus diesen Gründen, die voraussehen waren, drängte die K.A.P.D. und die Union von Anfang an mit Energie darauf, daß einmal die Vertretung in der Zentrale wie in den Gaukomitees eine paritätische sein sollte und andererseits die in der Verwaltung der Roten Hilfe Beschäftigten, losgelöst von der Partei, durch die Rote Hilfe selbst entschädigt werden sollten. Schien der Widerstand der V.K.P.D. ursprünglich ein geringer, so hat er sich dauernd gesteigert, und in einer endgültigen Sitzung am 10. Juni zwischen Vertretern des Hauptausschusses der

K.A.P.D. und der Zentrale der V.K.P.D. lehnte die V.K.P.D. eine paritätische Besetzung grundsätzlich ab, gestand den Organisationen der K.A.P.D. und der Union nur ein Kontrollrecht zu und forderte die Entschädigung der in der Roten Hilfe Tätigen aus Mitteln der Parteiorganisation. Als Begründung gibt sie an, einmal die zahlenmäßige Ueberlegenheit der V.K.P.D.-Organisationen, und andererseits behauptet sie, daß Arbeiter, die bei der Roten Hilfe vorsprechen, es als ungerecht empfinden würden, von Sekretären bedient zu werden, die aus den von Arbeitern aufgebrauchten Mitteln der Roten Hilfe eine höhere Entschädigung beziehen als den Unterstützten in der betreffenden Zeit gezahlt werden kann.

Demgegenüber ist zu sagen, daß sofort nach der Märzaktion der offizielle Vertreter der Exekutive der III. I. die gleichmäßige Zusammenarbeit der Organisationen der V.K.P.D. und der K.A.P.D. bzw. der Union zugesagt hat und weiter, daß die V.K.P.D. neben ihren Sekretären, die in den Bezirken die Parteiarbeit leisten und gleichzeitig für die Rote Hilfe tätig sind, zweite Sekretäre ausschließlich für Zwecke der Roten Hilfe anstellt. Da die V.K.P.D. an sich als Organisation der 3. Internationale von Moskau große Unterstützungsgelder erhält und gleichzeitig Unterstützungsgelder für die Rote Hilfe, so ist eine wirkliche Kontrolle innerhalb der Roten Hilfe nicht möglich und die scheinbare Trennung der Entschädigung für Sekretäre von der Partei aus oder der Roten Hilfe ist ein bloßes Manöver, das niemand auf die Dauer täuschen kann, also auch nicht stichhaltig ist in seiner Begründung.

## PROLETARIER!

Wir sehen, um der Sache der kämpfenden Proletarier willen keinerlei Möglichkeit, uns weiter an diesem Apparat zu beteiligen. Ein Apparat, der seinen wahren Zwecken entzogen und zu einem Parteiapparat der V.K.P.D. gestempelt werden soll, kann nicht im wirklichen Interesse des ganzen kämpfenden Proletariats arbeiten. Die parteimäßigen Nebenzwecke werden mehr und mehr den Hauptzweck überwuchern. Die V.K.P.D. will also den Bruch mit den revolutionärsten Organisationen und will die Frage der Unterstützungskommission wieder in die Bahn der alten Unterstützungskommissionen hinüberleiten, um die Fühlung nach der Gewerkschaftsseite hin nicht zu verlieren.

Aus diesen Gründen ist folgender Brief an die Zentrale der V.K.P.D. gerichtet worden:

Berlin, den 11. Juni 1921.

An die Zentrale der V.K.P.D.

Berlin.

**Werte Genossen!**

Als Ergebnis der Verhandlung vom 10. Juni 1921 zwischen Vertretern des Hauptausschusses der K.A.P.D. und der Zentrale der V.K.P.D. unter Hinzuziehung eines Vertreters der Exekutive hat sich herausgestellt:

1. Die V.K.P.D. lehnt es ab, die K.A.P.D. und die Union in der Roten Hilfe als gleichberechtigte Vertretungen anzuerkennen; sie gesteht unseren Organisationen keinerlei Parität, weder in der Zentrale noch in den Gaukomitees zu, sondern nur ein Kontrollrecht.

2. Eine Entschädigung für die von der K.A.P.D. und der Union in die Zentrale und die Gaukomitees entsandten Vertreter lehnt die V.K.P.D. ab mit der Begründung, daß alle diese Vertreter nicht aus den Mitteln der Roten Hilfe, sondern von den Organisationen selbst bezahlt werden müssen. Sie begründet das damit, daß Arbeiter, die bei der Roten Hilfe vorsprechen, es als ungerecht empfinden würden, von Sekretären bedient zu werden, die aus den von Arbeitern aufgebrauchten Mitteln der Roten Hilfe eine höhere Entschädigung beziehen als den Unterstützten in der entsprechenden Zeit gezahlt werden kann.

Demgegenüber fordern K.A.P.D. und Union als Organisationen, die offiziell an den März-kämpfen beteiligt waren, Parität, weil nur in

diesem Falle eine gleichmäßige Berücksichtigung aller Mitglieder solcher Organisationen, die wirklich gekämpft haben, gewährleistet ist.

Entschädigung für die in der Verwaltung der Roten Hilfe Tätigen ist deswegen von seiten der Roten Hilfe zu gewähren, weil die Rote Hilfe nicht ein Partei-Instrument sein soll, sondern eine gemeinnützige Einrichtung im Interesse der revolutionären Kämpfer, die selbständig ihre Funktionen verwaltet. In einem solchen Falle ist es ganz unangebracht, auf die zahlenmäßige Stärke einer der dahinter stehenden Organisation zu pochen.

Weiterhin ist das angebliche Nichtverstehenkönnen der Arbeiter in bezug auf zu zahlende Entschädigungen durch die Rote Hilfe eine Täuschung insofern, als keinem Arbeiter verschlossen ist, daß die V.K.P.D., wie auch die Rote Hilfe größere Mittel von den russischen Bruder-Organisationen zur Verfügung gestellt bekommen, und andererseits damit nur die Tatsache verschleiert werden soll, daß die Rote Hilfe im Dienste des Parteiapparats der V.K.P.D. gebraucht werden soll. Da unter diesen Umständen ein Zusammenarbeiten in der bisherigen unzulänglichen Art im Interesse zahlloser betroffener Revolutionäre nicht weiter möglich ist und da für uns die Möglichkeit jeder weiteren Verständigung erschöpft ist und da für uns die Möglichkeit jeder weiteren Verständigung erschöpft ist, sehen wir uns veranlaßt, nunmehr an die revolutionäre Arbeiterschaft selbst zu appellieren.

Mit kommunistischem Gruß

Geschäftsführender Hauptausschuß der K.A.P.D.

## **Proletarier!**

Jetzt gilt es, einen eigenen Apparat der Tat-solidarität aufzubauen, der unseren Opfern zur Seite steht. Ihr alle müßt helfen! Ihr, die Ihr gekämpft habt, wißt auch, was leiden heißt für die Revolution.

Mit größter Schnelligkeit muß gehandelt werden! Kein Notschrei darf ungehört verhallen. Keine Unterbrechung darf eintreten in der Unterstützung der revolutionären Opfer!

## **Wir rufen Euch!**

## **Helft schnell!**

*Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.*

*Allgemeine Arbeiter-Union.*

*Kommunistische Arbeiter-Jugend.*